



Lagebericht
der
Sparkasse Geseke
zum
31.12.2015

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse Geseke ist gemäß § 1 Sparkassengesetz (SpkG) eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Paderborn unter der Nummer A 3776 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse Geseke ist die Stadt Geseke. Geschäftsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers und die Amtsgerichtsbezirke Lippstadt, Delbrück und Paderborn. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses zeitnah kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2015

Die Weltwirtschaft expandierte im Verlauf des Jahres 2015 nur moderat. Ausschlaggebend war ein schwächeres Wachstum in den Schwellenländern. Der Abschwung der chinesischen Wirtschaft, der Rückgang der weltweiten Rohstoffnachfrage und erhebliche strukturelle Probleme belasteten das Wachstum der aufstrebenden Volkswirtschaften. Deutlich günstiger stellte sich demgegenüber die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern dar. In den USA und in Großbritannien setzte sich der konjunkturelle Aufschwung fort. Gleichzeitig stützte der Ölpreisverfall die Konjunktur in den Industrieländern.

Die Wirtschaft im Euro-Raum hatte sich im Verlauf des Jahres weiter erholt. Die positive Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf Sonderfaktoren. Hierzu zählten der erheblich gesunkene Außenwert des Euro, die deutliche Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für private Unternehmen und Haushalte, die Halbierung des Ölpreises seit Jahresmitte 2014 und die Einschränkung der Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte. Ohne diese zusätzlichen Impulse wäre das Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone nach Einschätzung des Sachverständigenrates wesentlich schwächer ausgefallen. Hinzu kamen die Unsicherheiten infolge des Syrien/IS-Konflikts sowie die Flüchtlingsdebatte. Die Bemühungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurden in nahezu allen Euro-Mitgliedsländern trotz anhaltend hoher Schuldenstände weitgehend eingestellt. Zwar wurden die strukturellen Defizite weiter leicht zurückgeführt, im Vergleich zu den Anstrengungen bis zum Jahr 2013 fielen die jüngsten Maßnahmen jedoch sehr zurückhaltend aus. Die Schuldenstände und Budgetdefizite vieler Mitgliedsländer liegen nach wie vor deutlich über den im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgeschriebenen Höchstgrenzen.

Die deutsche Wirtschaft verzeichnete 2015 einen moderaten Aufschwung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,7 % höher als im Vorjahr. Die Wachstumsimpulse kamen dabei erneut hauptsächlich von der Binnenwirtschaft und dabei in erster Linie vom privaten Konsum. Eine weiter steigende Beschäftigung, höhere Reallöhne sowie der Ölpreisverfall stärkten die Kaufkraft der privaten Haushalte. Die deutschen Exporte profitierten von der Abwertung des Euro ebenso wie von der Konjunkturentwicklung in den USA und Großbritannien. Dass der Konjunkturaufschwung im Jahr 2015 nicht kräftiger ausfiel, ist auf die moderate Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft zurückzuführen. Ursächlich war die wieder ansteigende Verunsicherung aufgrund der negativen Meldungen über die wirtschaftliche Lage in China und anderen Schwellenländern. Bei den Bauinvestitionen, die mit einer Zuwachsrate von 1,0 % deutlich weniger dynamisch zulegen als im Vorjahr, machten sich rückläufige öffentliche Bautätigkeit und abnehmende gewerbliche Bauinvestitionen bemerkbar. Die Zahl der Erwerbstätigen ist erneut gestiegen und lag 2015 bei mehr als 43 Millionen Personen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug 6,4 % (Vorjahr 6,7 %).

Der Zuwachs der Inflationsrate hat sich für das Gesamtjahr 2015 bei 0,3 % nach 0,9 % im Vorjahr eingependelt. Ausschlaggebend waren die rückläufigen Preise für Mineralölprodukte/Energie.

Nachdem sich die Konjunktur in der heimischen Wirtschaft zu Jahresbeginn positiv entwickelt hatte, trübte sich das Klima, wie auch in den vergangenen Jahren, im Herbst 2015 wieder ein. Die Ergebnisse der Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) Arnsberg Hellweg-Sauerland zeigten Vorboten einer Abkühlung bei aktuell noch guter Lage. So ist der aus Geschäftslage und Zukunftserwartungen gebildete Klimaindikator um sieben Punkte gegenüber dem Frühsommer 2015 auf 117 Punkte gefallen und liegt damit unter dem für Westfalen-Lippe ermittelten Wert von 119 Punkten.

Zinsentwicklung

Die konjunkturellen Unterschiede zwischen den großen Industrieländern haben die Ausrichtung der Geldpolitik zum zentralen Spannungsfeld der Weltkonjunktur werden lassen. In den Vereinigten Staaten verdichteten sich nach einer siebenjährigen Niedrigzinsphase nunmehr die Anzeichen für eine bevorstehende Zinswende. Großbritannien könnte folgen. Während die amerikanische Notenbank die Leitzinsen am 16.12.2015 sehr behutsam anhub, zögert Großbritannien die Erhöhung weiter hinaus.

Mit dem Ziel, die Inflationsrate mittelfristig wieder an ihren Zielwert von knapp 2,0 % zu bringen, hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren geldpolitischen Kurs weiter gelockert. Am 22. Januar 2015 gab sie ein umfangreiches Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme, EAPP) bekannt, in dessen Rahmen die Notenbank monatlich Wertpapiere in der Größenordnung von 60 Mrd. EUR auf dem offenen Markt ankauft.

Der Hauptrefinanzierungssatz blieb in 2015 bei 0,05 %, ebenso der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,30 %, der Einlagensatz wurde um zehn Basispunkte auf -0,30 % gesenkt. Der negative Einlagensatz bewirkte, dass Geschäftsbanken für die Haltung von Zentralbankguthaben, die über die Mindestreservspflicht hinausgehen, Zinsen bezahlen.

Die anhaltend hohe Liquiditätsversorgung sowie die weitere Senkung des Einlagensatzes haben die Markterwartungen über die zukünftige Zinsentwicklung weiter gedämpft.

Insgesamt betrachtet bleibt das Zinsniveau auf einem historisch niedrigen Stand.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2015

FATCA

Aufgrund des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA zur Förderung der Steuerehrlichkeit -Foreign Account Tax Compliance Act (kurz FATCA-Abkommen)- unterliegen deutsche Finanzdienstleister bestimmten Identifikations- und Meldepflichten an das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt). Danach werden Depotinhaber, wirtschaftlich Berechtigte, Rechtsträger mit Geschäfts- oder Gründungsort in den USA sowie beherrschende Personen von Rechtsträgern mit sogenannten US-Indizien bzw. einer US-Steuerpflicht an das BZSt gemeldet. Die erste Meldung war zum Stichtag 30.06.2015 abzugeben. Die Sparkasse setzt die neuen Anforderungen um.

EU-Bankenabgabe

Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 wurde die europäische Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (BRRD) im Rahmen des BRRD-Umsetzungsgesetzes in nationales Recht umgesetzt. Die BRRD verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Errichtung von Abwicklungsfinanzierungsmechanismen, im Regelfall in der Form eines Abwicklungsfonds. Finanziert werden diese Fonds durch im Voraus erhobene Beiträge (Bankenabgabe). Die nationale Umsetzung für das Jahr 2015 erfolgte mit einer Neuregelung des Restrukturierungsfondsgesetzes (RStruktFG). Die bis zum Jahr 2014 erhobene deutsche Bankenabgabe wurde durch die Einführung einer neuen, den Vorgaben der BRRD entsprechenden Bankenabgabe abgelöst. Die auf diese Weise erhobene Bankenabgabe wird im Restrukturierungsfonds gesammelt. Die individuellen Beiträge der Institute werden jährlich durch die jeweilige Aufsichtsbehörde erhoben. In 2015 war das für die deutschen Kreditinstitute die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA).

EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Im Jahr 2014 trat die EU-Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher in Kraft, deren Inhalte bis zum 21. März 2016 in deutsches Recht zu übertragen sind. Entgegen der Planung wurde das deutsche Umsetzungsgesetz im Jahr 2015 noch nicht verabschiedet. Wesentliche Inhalte des Gesetzentwurfes sind erweiterte Anforderungen an die Kreditwürdigkeitsprüfung des Darlehensnehmers sowie an die vorvertraglichen Informationspflichten des Darlehensgebers, geänderte Vorgaben zur Berechnung des effektiven Jahreszinses und die Ein-

führung von Regelungen über die Erbringung von Beraterleistungen in Zusammenhang mit Immobilienverbraucherdarlehen. Die Sparkasse hat die Anforderungen zum 21.03.2016 umgesetzt.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs im Berichtsjahr

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2015 um 8,3 Mio. EUR bzw. 3,1 % auf 277,3 Mio. EUR. Das geplante Wachstum der Durchschnittsbilanzsumme von 2,2 % konnte mit 1,6 % nicht erreicht werden. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen stieg auf 436,2 Mio. EUR nach 425,7 Mio. EUR im Vorjahr.

3.2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 0,2 % deutlich unter dem geplanten Niveau von 3,5 %. Die Darlehenszusagen beliefen sich im Jahr 2015 auf 36,2 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus stiegen im Gesamtjahr um 9,4 % auf 19,7 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Durchschnittsbestände der Kundenforderungen an der Durchschnittsbilanzsumme stieg auf 65,0 % (Vorjahr 64,9 %).

Die Forderungen gegenüber Privatpersonen blieben in etwa auf Vorjahresniveau. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte stieg um 11,1 % auf 22,1 Mio. EUR. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge der gestiegenen Investitionsbereitschaft um 4,6 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige stiegen um 6,5 % auf 13,1 Mio. EUR. Die weiterhin starke Nachfrage nach staatlich geförderten Kreditmitteln in Form von Weiterleitungsdarlehen führte in diesem Bereich zu einem Anstieg von 1,3 Mio. EUR.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag verringerte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 3,1 Mio. EUR auf 76,9 Mio. EUR. Während der Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere aufgrund von Fälligkeiten um 3,2 Mio. EUR auf 64,7 Mio. EUR abgebaut wurde, stieg der Bestand an Investmentfonds durch die Wiederanlage von laufenden Ausschüttungen um 0,1 Mio. EUR auf 12,2 Mio. EUR.

3.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2015 von 3,9 Mio. EUR entfiel fast ausschließlich auf die Beteiligung am SVWL.

3.5. Einlagengeschäft

Die Sparkasse hatte für 2015 ein Wachstum der Geldvermögensbildung, bestehend aus Kundeneinlagen und Nettoabsatz im Wertpapiergeschäft, von 2,5 % erwartet. Dieses Ziel konnte mit einer Erhöhung um 4,6 Mio. EUR auf 7,4 Mio. EUR deutlich übertroffen werden. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase bevorzugten unsere Kunden weiterhin flexible und schnell verfügbare Anlageformen. Dementsprechend erhöhte sich der Bestand der Sichteinlagen um 14,2 Mio. EUR während die Sparmittel insgesamt zurückgingen.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich durch die Anlage freier liquider Mittel um 11,3 Mio. EUR auf 16,3 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven sowie einer Termingeldanlage und Schuldscheindarlehen zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 3,7 Mio. EUR auf 46,8 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich ausschließlich um Sparkassenbriefe und langfristige Weiterleitungsdarlehen.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Dienstleistungsgeschäft der Sparkasse verlief im Geschäftsjahr 2015 insgesamt erfreulich. Das Ergebnis im Dienstleistungsgeschäft liegt über dem Niveau des Jahres 2014 und konnte die an 2015 gestellten Erwartungen überwiegend erfüllen.

Der Schwerpunkt im Wertpapiergeschäft mit Kunden lag im Jahr 2015 im Bereich der Investmentanteile. Der Gesamtumsatz stieg von 10,5 Mio. EUR in 2014 um 7,5 Mio. EUR auf 18,0 Mio. EUR in 2015.

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 199 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 6,0 Mio. EUR abgeschlossen. Mit diesem Vertriebsergebnis liegen wir unter dem Niveau von 2014.

Die Anzahl der vermittelten Lebensversicherungen sank von 147 in 2014 auf 118 in 2015, entsprechend fiel die Beitragssumme von 2,9 Mio. EUR auf 2,5 Mio. EUR. Mit der Vermittlung von 210 Kompositversicherungen im Berichtsjahr ist die Sparkasse zufrieden. Gegenüber dem Jahr 2014 (190 vermittelte Verträge) ist ein Zuwachs zu verzeichnen. Das Provisionsergebnis im Versicherungsgeschäft stieg um 2 TEUR und liegt somit auf Vorjahrsniveau.

Die Anzahl der Immobilienvermittlungen stieg von 12 vermittelten Objekten in 2014 auf 14 Objekte. Entsprechend erhöhte sich die courtagepflichtige Vermittlungssumme um 0,2 Mio. EUR auf 1,8 Mio. EUR.

3.8. Investitionen

Baumaßnahmen sowie größere Investitionen wurden im Jahr 2015 nicht durchgeführt.

3.9. Personalbericht

Am 31.12.2015 beschäftigte die Sparkasse 75 Mitarbeiter (31.12.2014: 80 Mitarbeiter), davon 24 Teilzeitkräfte und 8 Auszubildende. Im Jahresdurchschnitt hat sich die Zahl der bankspezifisch Beschäftigten (Teilzeitkräfte werden auf Vollzeit umgerechnet) von 52 auf 50 leicht verringert.

Um unseren Kunden ein attraktives und umfassendes Dienstleistungsangebot unterbreiten zu können und um eine gute Beratungsqualität zu gewährleisten, nahm auch im vergangenen Jahr die gezielte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter einen hohen Stellenwert ein. So wurden 52 TEUR (Vorjahr 82 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Angebote der regionalen Sparkassenakademie sowie das sparkasseneigene Weiterbildungsprogramm genutzt. Der Rückgang des investierten Kapitals ist durch den Wegfall von Präsenzlehrgängen (Fachwirte, Betriebswirte) zu erklären, die in 2014 abgeschlossen wurden. Zwei Auszubildende begannen am 01.09.2015 ihre Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Sparkasse Geseke. Nach bestandener Abschlussprüfung wurden zwei Auszubildende in ein Angestelltenverhältnis übernommen.

4. Darstellung , Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2014. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2015 ein Eigenkapital von 15,2 Mio. EUR (Vorjahr 15,0 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 0,6 Mio. EUR auf 9,5 Mio. EUR erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Gesamtsumme aus den Anrechnungsbeträgen für Adressenausfall-, operationelle und Marktrisiken, übertrifft am 31.12.2015 mit 14,45 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR und den von der Sparkasse intern als Mindestgröße festgelegten Zielwert von 9,2 % deutlich. Die Kernkapitalquote beträgt 13,33 %. Die Leverage Ratio weist zum 31.12.2015 einen Wert von 7,61 % auf. Die Sparkasse weist damit eine ausreichende Kapitalbasis auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der BaFin wurde stets eingehalten. Sie lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,5 (31.12.2015 4,01). Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) weist einen Wert von 154 % aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in erforderlicher Höhe geführt. Die eingeräumte Kredit- und Dispositionslinie bei der Helaba wurde teilweise in Anspruch genommen.

4.3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis betrug das Betriebsergebnis vor Bewertung 0,74 % der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2015 (Vorjahr 0,89 %). Es

lag damit über dem Planwert von 0,68 %, aber unter dem Durchschnitt der Sparkassen in Westfalen-Lippe von 1,08 %. Letzteres gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2015 haben sich diese wie folgt entwickelt: Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 6,01 % unter dem Vorjahreswert von 6,22 %. Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen hat sich von 69,5 % auf 72,3 % verschlechtert. Das Unternehmensziel für 2015 von maximal 70 % konnte damit nicht eingehalten werden. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2015 0,07 %.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Dabei ist zu beachten, dass die Erträge und Aufwendungen nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt sind.

| | 2015 | 2014 | Veränderung | Veränderung |
|--|--------------|--------------|-------------|--------------|
| | TEUR | TEUR | TEUR | % |
| Zinsüberschuss | 5.730 | 6.403 | -673 | -10,5 |
| Provisionsüberschuss | 1.765 | 1.594 | 171 | 10,7 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 68 | 76 | -8 | -10,5 |
| Personalaufwand | 3.771 | 3.741 | 30 | 0,8 |
| Anderer Verwaltungsaufwand | 1.724 | 1.855 | -131 | -7,1 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 319 | 472 | -153 | -32,4 |
| Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge | 1.749 | 2.005 | -256 | -12,8 |
| Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge | 484 | 699 | -215 | -30,8 |
| Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken | 600 | 400 | 200 | 50,0 |
| Ergebnis vor Steuern | 665 | 906 | -241 | -26,6 |
| Steueraufwand | 462 | 567 | -105 | -18,5 |
| Jahresüberschuss | 203 | 339 | -136 | -40,1 |

| | |
|---|----------------------------------|
| Zinsüberschuss: | GuV-Posten Nr. 1 bis 4 |
| Provisionsüberschuss: | GuV-Posten Nr. 5 und 6 |
| Sonstige betriebliche Erträge: | GuV-Posten Nr. 8 und 20 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen: | GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21 |
| Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge: | GuV-Posten Nr. 13 bis 16 |

Der Zinsüberschuss verringerte sich um 10,5 % auf 5,7 Mio. EUR. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen das weiterhin niedrige Zinsniveau einhergehend mit einem kurzfristigen Anlagehorizont der Kundschaft in flexiblen und schnell verfügbaren Anlageformen.

Der Provisionsüberschuss konnte insbesondere aufgrund höherer Erträge aus der Kontoführung sowie dem Wertpapiergeschäft mit Kunden um 10,7 % gesteigert werden. Damit liegt das Ergebnis deutlich über dem geplanten Wachstum von 2,5 %.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich durch die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen um 0,8 % auf 3,8 Mio. EUR. Die Tarifierhöhung wurde kompensiert durch Vertragsänderungen einzelner Mitarbeiter. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sanken um 7,1 %. Die gesamten Verwaltungsaufwendungen betragen 1,93 % der Durchschnittsbilanzsumme und fielen damit geringer aus als geplant.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) wiesen einen negativen Saldo in Höhe von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr -0,7 Mio. EUR) aus. Der Jahresüberschuss ging auf 0,2 Mio. EUR zurück.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse Geseke mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2015 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Geschäftsentwicklung als günstig beurteilt.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikostrategie und den untergeordneten Teilrisikostrategien die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die wesentlichen Risikokategorien der Sparkasse (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko) wurde die Risikostrategie aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitiges Ergreifen von Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand der Sparkasse ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff "Risiko" wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse Geseke hat die Risikocontrolling-Funktion dem Abteilungsleiter Unternehmenssteuerung/Vertriebsmanagement übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse und Aufgaben übertragen.

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten. Wechselt die Leitung der Risikocontrolling-Funktion, wird der Verwaltungsrat informiert.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion eingerichtet, deren Aufgaben vom Leiter der Abteilung Organisation/Personal wahrgenommen werden. Der Compliance-Beauftragte ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand festgelegter Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog.

Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in der handelsrechtlichen Sichtweise danach, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Planwerten verstanden.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit aus dem handelsrechtlichen Ergebnis und den vorhandenen Reserven der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise ab Mitte des Jahres darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Vorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk im Rahmen eines vierteljährlichen Risikogesamt- sowie eines Risikoberichts Auskunft erteilt. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Risikogesamtbericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

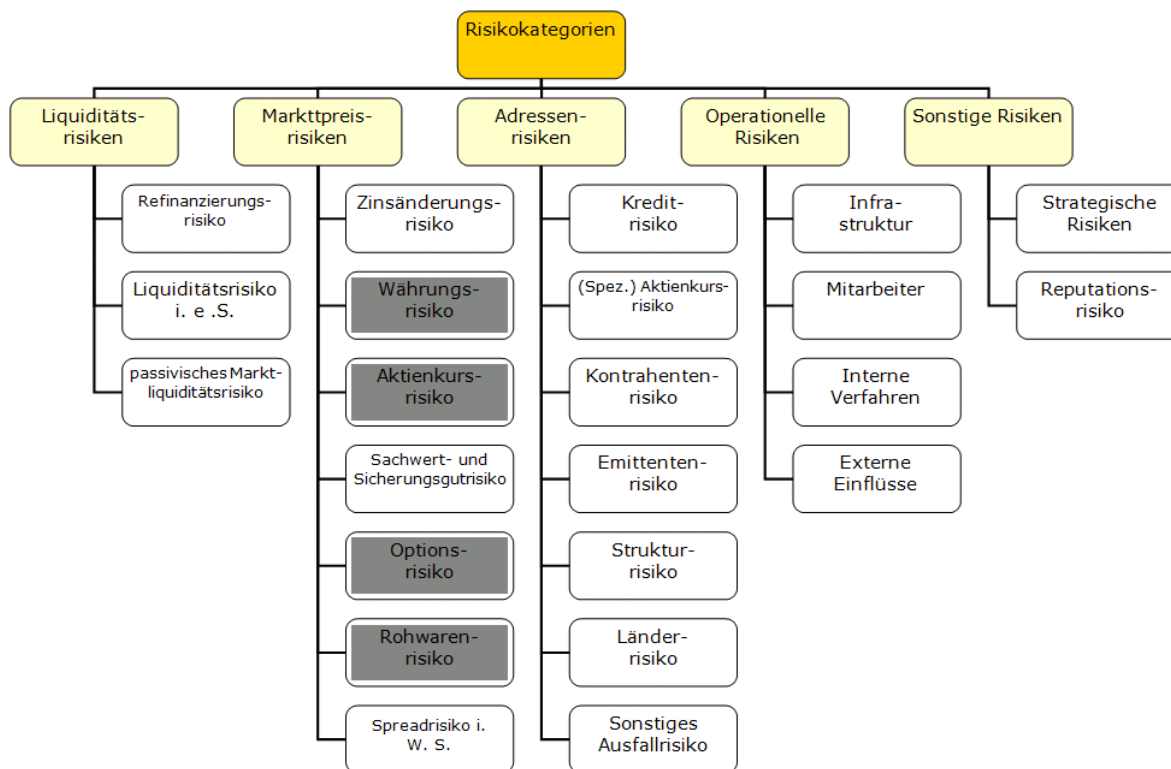
| Bericht | Risikobezug | Berichtsrhythmus | Berichtsempfänger |
|--|------------------|------------------|---------------------------|
| Risikogesamtbericht | alle Risiken | vierteljährlich | Vorstand, Verwaltungsrat |
| Risikobericht | Adressenrisiko | vierteljährlich | Vorstand, Risikoausschuss |
| Marktpreisrisikoreport (Eigenhandelsgeschäfte) | Marktpreisrisiko | wöchentlich | Vorstand |

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem

ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse Geseke beschriebenen Risikokategorien:



Auf Basis der Risikoinventur wurden in der Risikostrategie die sonstigen Risiken als nicht wesentliche Risiken kategorisiert. Die verbleibenden Risikokategorien wurden als wesentlich eingestuft. Die Risikoinventur hat ergeben, dass die dunkel unterlegten Risiken für die Sparkasse keine Relevanz besitzen. Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und der Kreditrisikostrategie beschrieben.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Kreditrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

| Kreditgeschäft der Sparkasse Geseke | Buchwerte* | |
|-------------------------------------|--------------------|--------------------|
| | 31.12.2015 TEUR | 31.12.2014 TEUR |
| Kontokorrentkredite | 4,5 | 8,4 |
| Darunter: | | |
| auf Geschäftsgirokonten | 3,1 | 4,0 |
| auf Privatgirokonten | 1,2 | 1,3 |
| Darlehen aus eigenen Mitteln | 156,7 | 151,1 |
| Darunter: | | |
| an Geschäftskunden | 55,2 | 49,6 |
| an Privatkunden | 99,5 | 99,5 |
| Weiterleitungsdarlehen | 18,5 | 17,2 |
| Avalkredite | 2,5 | 2,4 |
| Sonstige Forderungen | 0,1 | 3,1 |
| Gesamt | 182,3 | 182,2 |

*vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2015 nicht überschritten.

Die folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Bilanzstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen:

| | Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva | Wertpapiere |
|--|---|--------------------|
| | TEUR | TEUR |
| Gesamtbetrag der Forderungen | 254.684 | 77.677 |
| Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten | | |
| Deutschland | 252.437 | 32.168 |
| EU | 2.013 | 40.817 |
| Sonstige | 234 | 4.692 |
| Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen | | |
| Banken / Investmentfonds | 18.247 | 25.719 |
| Privatpersonen | 132.949 | --- |
| Öffentliche Haushalte | 19.256 | 5.768 |
| Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen | 80.318 | 46.190 |
| - Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur | 5.193 | --- |
| - Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden | 4.879 | 1.030 |
| - Verarbeitendes Gewerbe | 12.673 | 6.087 |
| - Baugewerbe | 6.906 | --- |
| - Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen | 8.564 | --- |
| - Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung | 2.506 | 1.009 |
| - Finanz- und Versicherungsdienstleistungen | 3.980 | 25.500 |
| - Grundstücks- und Wohnungswesen | 16.010 | --- |
| - Sonstiges Dienstleistungsgewerbe | 18.890 | 12.564 |
| - Organisationen ohne Erwerbszweck | 717 | --- |
| - Sonstiges | --- | --- |
| Sonstige | 3.914 | --- |
| Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten | | |
| < 1 Jahr | 70.631 | 8.341 |
| 1 Jahr bis 5 Jahre | 28.261 | 19.383 |
| > 5 Jahre bis unbefristet | 155.792 | 49.953 |

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 50,4 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 0,5 Mio. EUR, 49,6 % betreffen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 0,5 Mio. EUR.

Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere, das einem Länderrisiko unterliegt, welches sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, betrug am 31.12.2015 14,4 % des Gesamtkreditvolumens der Forderungen.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGVO validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Zum 31.12.2015 weisen 64,9 % des gerateten Gesamtkreditvolumens ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf, 22,0 % haben eine Ratingnote zwischen BB+ und BB-, 11,4 % eine Ratingnote zwischen B+ und C und 1,7 % die Note D.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgendem Bereich: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden auf Objekte im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben.

Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Insgesamt ist unser Kreditportfolio nach Branchen und Größenklassen gut diversifiziert. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft hat sich 2015 verbessert und liegt im positiven Bereich.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir das "OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2015 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Der Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt zu gleichen Teilen auf Unternehmen, wirtschaftlich selbständige Personen sowie Privatpersonen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen.

Entwicklung der Risikovorsorge:

| Art der Risikovorsorge | Anfangsbestand per 01.01.2015 | Zuführung | Auflösung | Verbrauch | Endbestand per 31.12.2015 |
|------------------------|-------------------------------|------------|------------|------------|---------------------------|
| | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR | TEUR |
| EWB | 2.088 | 230 | 250 | 562 | 1.506 |
| Rückstellungen | 4 | --- | --- | --- | 4 |
| PWB | 540 | 2 | 14 | --- | 528 |
| Gesamt | 2.632 | 232 | 264 | 562 | 2.038 |

Nach Art. 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall eines Kreditnehmers vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist. Bereits vor dieser Frist kann der Ausfall des Kreditnehmers vorliegen, wenn es nach Einschätzung der Sparkasse unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtung vollständig erfüllen kann, ohne dass die Sparkasse auf Kreditsicherheiten zurückgreifen muss.

Liegt ein Ausfall bei einem Engagement vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr mit Ausnahme des dritten Quartals innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem originären Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes. Zur Steuerung von Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen hat der Vorstand Regelungen zum Beteiligungsmanagement festgelegt. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL. Zum 31.12.2015 bestätigten die eingeholten Unternehmensbewertungsgutachten für die einzelnen Beteiligungen des SVWL den handelsrechtlichen Wertansatz. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio "Erste Abwicklungsanstalt" (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

Die Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) haben wir aufgrund von Wertminderungen bereits in den Vorjahren vollständig abgeschrieben.

Weitere nennenswerte Beteiligungen werden von der Sparkasse nicht gehalten.

Die Beteiligungen der Sparkasse umfassen mit einem Buchwert bzw. beizulegenden Zeitwert (fair value) von 3,9 Mio. EUR strategische, nicht börsengehandelte Beteiligungen.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder den Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten-, Kontrahenten- und Volumenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt auf Schuldverschreibungen und Anleihen (64,7 Mio. EUR) sowie Investmentfonds (12,2 Mio. EUR). Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen in Höhe von 79,6 % ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich mit 16,1 % um sieben Rentenfonds der Deka und einen Fonds der Landesbank Berlin. Der Geschäftsumfang wird durch die vom Vorstand vorgegebene Handelsstrategie und durch Rahmengesamtsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf die in der Tabelle auf Seite 11 dargestellten geographischen Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Publikumsfonds zu geographischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von Standard & Poors und Moody's zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating verfügen, greifen definierte Regeln, um das Adressenausfallrisiko abzubilden.

Zur Begrenzung von Risikokonzentrationen im Depot A einschließlich der Schuldscheindarlehen wurden Einzel- und Branchenlimite festgelegt, die im Berichtsjahr eingehalten wurden.

Die von der Sparkasse direkt angelegten verzinslichen Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

| Bonität | Moody's | Standard & Poor's | auf Basis Buchwerte | |
|---|-------------|-------------------|---------------------|--------------------|
| | | | 31.12.2015 in % | 31.12.2014 in % |
| exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko | Aaa | AAA | 0,0 | 0,0 |
| sehr gut bis gut | Aa1 - Aa3 | AA+ - AA- | 11,6 | 10,4 |
| gut bis befriedigend | A1 - A3 | A+ - A- | 26,9 | 30,1 |
| befriedigend bis ausreichend | Baa1 - Baa3 | BBB+ - BBB- | 41,1 | 41,2 |
| mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug | Ba1 - Ba3 | BB+ - BB- | 4,3 | 2,9 |
| Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug | B1 - B3 | B+ - B- | 0,0 | 0,0 |
| ohne Rating | | | 16,1 | 15,4 |
| | | | 100,0 | 100,0 |

| Länderrisiko | Länderrating | | auf Basis Buchwerte | |
|---|--------------|-------------------|---------------------|--------------------|
| | Moody's | Standard & Poor's | 31.12.2015 in % | 31.12.2014 in % |
| inländische Emittenten | | | 38,9 | 37,1 |
| ausländische Emittenten | | | | |
| exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko | Aaa | AAA | 36,4 | 12,3 |
| sehr gut bis gut | Aa1 - Aa3 | AA+ - AA- | 12,7 | 33,3 |
| gut bis befriedigend | A1 - A3 | A+ - A- | 3,4 | 3,2 |
| befriedigend bis ausreichend | Baa1 - Baa3 | BBB+ - BBB- | 7,3 | 12,8 |
| mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug | Ba1 - Ba3 | BB+ - BB- | 1,3 | 1,3 |
| | | | 100,0 | 100,0 |

Zum Stichtag 31.12.2015 hatte die Sparkasse keine Staatsanleihen der PIIGS-Staaten im Bestand. Auch von griechischen Unternehmen und Kreditinstituten emittierte Anleihen befanden sich zum Stichtag nicht im Bestand der Wertpapiereigenanlagen der Sparkasse. Der Anteil von Unternehmens- und Bankanleihen aus den übrigen PIIGS-Staaten beträgt 5,9 % des Gesamtbestandes.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse gesonderte Regelungen festgelegt, die mindestens jährlich überprüft werden.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

| Anlagekategorie | Buchwerte | |
|---|------------------------|------------------------|
| | 31.12.2015 Mio. EUR | 31.12.2014 Mio. EUR |
| 1) Tages- und Termingelder | 5,0 | 0,0 |
| 2) Schuldscheindarlehen Kreditinstitute | 4,0 | 3,0 |
| 3) Schuldverschreibungen und Anleihen | 64,7 | 67,9 |
| 4) Sonstige Investmentfonds | 12,2 | 12,1 |
| | 85,9 | 83,0 |

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Durch die Vorgabe verschiedener Parameter ist es auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte möglich, realistische Kurse zu ermitteln. Der Risikoermittlung liegt eine historische Simulation zugrunde, die es erlaubt, den Wert des Portfolios mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten zu berechnen. Im Normalfall werden die Risiken mit einer 99 % igen Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt. Die historische Simulation stützt sich jeweils auf die vergangenen 500 Handelstage. Es wird eine 63-tägige Haltdauer unterstellt. Darüber hinaus wird der Wert des Portfolios unter Zugrundelegung unterschiedlicher Annahmen über die künftige Zinsentwicklung simuliert, wobei eines der Szenarien einen um 100 Basispunkte Ad-hoc-Zinsanstieg darstellt. Diese quartalsweise durchgeführten Simulationen zeigen mögliche Auswirkungen auf das Jahresergebnis der Sparkasse, so dass ggf. Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird in der Abteilung Unternehmenssteuerung/Vertriebsmanagement mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite bewegen. Darüber hinaus werden in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite als Teilbeträge des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Vorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Der Vorstand wird wöchentlich über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse unterrichtet. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten lagen in drei Quartalen aufgrund der Zinsentwicklung leicht über den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. Die quartalsweise Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf periodenorientierter Basis unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt und ist durch das bereitgestellte Risikodeckungspotenzial abgedeckt. Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2015 immer innerhalb der vorgegebenen Limite.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2015 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. – 200 Basispunkte errechnet. Da die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln 21,38 % betrug und damit oberhalb der Meldeschwelle von 20 % lag, haben wir dies der BaFin und der Deutschen Bundesbank am 29.01.2016 angezeigt. Das Prüfkriterium der BaFin wurde eingehalten. Vor dem Hintergrund der ausreichenden Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit sowie der entspannten Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

| Währung | Zinsänderungsrisiken | |
|---------|--------------------------------|------------------|
| | Zinsschock (+200 / -200 Bp) | |
| | Vermögensrückgang | Vermögenszuwachs |
| TEUR | 5.536 | 4.169 |

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am 30.09.2015. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zur Sicherstellung der Liquidität im Tagesverlauf überprüft die Sparkasse im Rahmen der täglichen Disposition der Zahlungseingänge und -ausgänge, ob die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 3,47 und 4,41. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Ab dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % weit übertroffen. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Erste Testrechnungen zeigen jedoch, dass die Sparkasse auch diese Quote bereits heute erfüllt.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätsverrechnungssystems. Ein Institut muss unter anderem in der Lage sein, entstehende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Die Aufsicht erwartet, dass die Liquiditätsbeiträge nicht nur ermittelt, sondern auch der Preis für die Liquiditätsbindung separat ausgewiesen und in der Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt wird. Die Sparkasse hat ein "einfaches Kostenverrechnungssystem" (BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) eingeführt.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Risikostrategie und den internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs bestehen umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste. Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Bestimmung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken basiert auf dem Basisindikatoransatz gem. Artikel 315 und 316 CRR und beläuft sich zum Berichtsstichtag auf 1,2 Mio. EUR.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über die operationellen Risiken informiert. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von 0,1 Mio. EUR wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist in der handelsrechtlichen Betrachtung gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2015 im Wesentlichen eingehalten. Das von der Sparkasse festgelegte Gesamtbanklimit war am 31.12.2015 mit 71,1 % ausgelastet. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stress-tests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 14,45 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft blieb weiter gedämpft. Die Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern hat sich im Verlauf des Jahres 2015 fortgesetzt. Eine wesentliche Rolle dürfte dabei der Wachstumsrückgang in China gespielt haben. Aufgrund der engen Wirtschaftsverflechtungen hat die Wachstumsabschwächung spürbar dämpfende Effekte auf andere Schwellenländer. In den Industrieländern ist in den kommenden Monaten eine moderate Ausweitung der Wirtschaftsleistung zu erwarten. In den USA und in Großbritannien dürfte sich das robuste Wachstum trotz der erwarteten Zinswende fortsetzen. Beide Volkswirtschaften befinden sich an der Grenze zur Vollbeschäftigung, so dass mit einem Anziehen der Lohnentwicklung zu rechnen ist. Dies sollte den privaten Konsum beflügeln. Die Binnenwirtschaft bleibt demnach die Hauptstütze des Wachstums.

Die konjunkturelle Erholung wird sich im Euro-Raum voraussichtlich fortsetzen. Sie ist jedoch fragil und davon bestimmt, dass die Wirkung der Sonderfaktoren im kommenden Jahr allmählich nachlässt. Insbesondere dürften

die positiven Wachstumsimpulse des Ölpreisverfalls nach und nach auslaufen. Ohne weitere Reformanstrengungen sollte daher die aktuelle Konjunkturerholung eine vorübergehende Erscheinung bleiben. Ein selbsttragender Aufschwung ist derzeit nicht zu erwarten. Gegen eine dynamischere Entwicklung im Euro-Raum spricht außerdem der weiterhin verhaltene Welthandel. Die außenwirtschaftlichen Impulse dürften daher begrenzt bleiben. Eine wichtige Stütze bleibt der private Konsum. Alles in allem ist im Euro-Raum ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2016 von 1,5 % zu erwarten.

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland wird sich im Jahr 2016 fortsetzen. Mit einer Zuwachsrate des Inlandsprodukts in Höhe von 1,6 % dürfte die wirtschaftliche Dynamik in etwa der des Jahres 2015 entsprechen. Treibende Kraft bleibt der private Konsum. Die deutschen Exporte sollten im Jahr 2016 zwar weiter zunehmen. Das Wachstumstempo wird mit 4,5 % jedoch schwächer ausfallen als in 2015. Ursächlich ist die nachlassende Wirkung der Euro-Abwertung. Zudem gehen von der Wirtschaftsentwicklung im Ausland, allen voran in den Schwellenländern, geringere Impulse auf die deutschen Ausfuhren aus. Im Zuge der hohen Binnennachfrage werden die Importe mit einer Zuwachsrate von 5,7 % wohl etwas stärker steigen als die Exporte, so dass vom Außenbeitrag im kommenden Jahr keine Impulse auf das Wirtschaftswachstum ausgehen dürften.

Die IHK Arnsberg Hellweg-Sauerland bescheinigt der heimischen Wirtschaft einen positiven Start in das Jahr 2016. Zum Jahresbeginn 2016 stieg der Konjunkturklimaindikator nochmals um elf auf 128 Punkte. Industrie, Handel und Dienstleister blicken demnach zuversichtlich auf die nächsten Monate. Lediglich die Bauwirtschaft hat eine pessimistische Erwartungshaltung. Die Branche hatte sich in den letzten zwei Jahren sehr positiv entwickelt, so dass die IHK die zurückhaltenden Erwartungen als leichte Beruhigung auf hohem Niveau bewertet. Zum guten konjunkturellen Gesamtbild in der Region Hellweg-Sauerland tragen laut IHK auch in 2016 das Ausfuhrgeschäft, der starke private Verbrauch sowie ein Plus bei den Investitionen bei.

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in unserer Region nahm ab. Wir gehen jedoch davon aus, dass größere Investitionen zukünftig wieder vorgenommen werden. Da aufgrund des niedrigen Zinsniveaus eine rege Kreditnachfrage zu verzeichnen ist, erwarten wir für das private Kreditgeschäft eine positive Entwicklung. Wir planen insgesamt mit einem Wachstum von 3,5 %. Dies soll durch eine gezielte Kundenansprache erreicht werden, insbesondere auch von Nichtkunden der Sparkasse.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. In Anbetracht dieses Umfelds wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten und hinzugewinnen. Insgesamt erwarten wir somit für 2016 ein Wachstum der Geldvermögensbildung von 2,5 %.

Bei der Durchschnittsbilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg um 2,2 %.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2016 von einem nahezu konstanten Provisionsergebnis aus mit dem Ziel, bis 2019 den Verbandsdurchschnitt zu erreichen.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU weiterhin nicht vollständig stabilisiert hat.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung, dürfte sich das prognostizierte, leicht negative Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft daraufhin verringern, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2016 sind keine größeren Investitionen geplant. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,50 liegen.

7.3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt deutlich beeinflusst. Insofern ist die weiterhin flache Zinsstrukturkurve, die sich aber im Vergleich zu 2015 nach unserer Erwartung nicht wesentlich verändern wird, mit der damit verbundenen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass es im Jahr 2016 zu einer konjunkturellen Seitwärtsbewegung kommen wird. Die Europäische Zentralbank hat angekündigt, zur Erhöhung der Inflationsrate das Zinsniveau weiterhin auf dem niedrigen Niveau zu belassen. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe erwarten wir derzeit weiter rückläufige Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft. Trotz des geplanten Kreditwachstums rechnen wir mit einem unter dem Vorjahr liegenden Zinsüberschuss auf Basis von Betriebsvergleichszahlen.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem in etwa konstanten Provisionsergebnis in absoluten Zahlen aus.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden sich nach unseren Planungen auf 1,89 % der Durchschnittsbilanzsumme im Jahr 2016 belaufen. Aufgrund der kalkulierten Tarifabschlüsse sowie der Personalveränderungen wird sich ein Personalaufwand auf Basis von Betriebsvergleichszahlen von 1,18 % im Jahr 2016 ergeben. Mittels weiterer Anstrengungen im Sachkostenbereich soll die Ausweitung der Kosten begrenzt und der Sachaufwand auf dem aktuellen Niveau gehalten werden. Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleichs planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2016 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,61 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 282 Mio. EUR.

Infolge der ggf. noch zu erwartenden Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise und den damit verbundenen Kurschwankungen haben wir derzeit ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von rund 0,09 % der Durchschnittsbilanzsumme in unserer Planung berücksichtigt. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Für das Jahr 2016 ist mit einem im Vergleich zum Jahr 2015 negativeren Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft von ebenfalls rund 0,09 % der Durchschnittsbilanzsumme zu rechnen. Damit wird insgesamt von einem über dem Niveau von 2015 liegenden Bewertungsaufwand ausgegangen. In der Unternehmensplanung berücksichtigen wir die erwarteten Verluste aus dem Kreditrisikomodell. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels aktivem Kreditrisikomanagement sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die EAA in den nächsten Jahren mit durchschnittlich 0,19 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen) können sich weitere Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Sparkasse richtet sich an den in der "Geschäftsstrategie der Sparkassen" des DSGV definierten Zielgrößen (u. a. Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio) aus. Für 2016 erwarten wir gemäß dieser Definition eine bilanzielle Eigenkapitalrentabilität von 2,6 %.

Bei der Cost-Income-Ratio erwarten wir für 2016 mit einem Verhältnis von 75,5 % einen höheren Wert als 2015.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert sein. Der intern festgelegte Mindestkoeffizient in Höhe von 9,2 %, der über dem aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach CRR von 8,625 % liegt, wird mit einem Wert von zurzeit 14,45 % deutlich überschritten. Dies bietet eine hinreichende Grundlage für künftiges qualifiziertes Kreditgeschäft.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2015



der
Land

Sparkasse Geseke
Nordrhein-Westfalen

| | EUR | EUR | EUR | 31.12.2014 TEUR |
|--|-------------------|---------------|----------------|--------------------|
| 1. Barreserve | | | | |
| a) Kassenbestand | | 2.296.141,83 | | 2.349 |
| b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank | | 1.886.869,89 | | 1.825 |
| | | | 4.183.011,72 | 4.173 |
| 2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind | | | | |
| a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen | | 0,00 | | 0 |
| b) Wechsel | | 0,00 | | 0 |
| | | | 0,00 | 0 |
| 3. Forderungen an Kreditinstitute | | | | |
| a) täglich fällig | | 7.228.246,06 | | 1.962 |
| b) andere Forderungen | | 9.040.700,74 | | 3.039 |
| | | | 16.268.946,80 | 5.001 |
| | | | 173.794.160,30 | 173.352 |
| 4. Forderungen an Kunden | | | | |
| darunter: | | | | |
| durch Grundpfandrechte gesichert | 92.241.704,48 EUR | | | (90.530) |
| Kommunalkredite | 2.736.450,80 EUR | | | (5.506) |
| 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | | |
| a) Geldmarktpapiere | | | | |
| aa) von öffentlichen Emittenten | 0,00 | | | 0 |
| darunter: | | | | |
| beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 0,00 EUR | | | (0) |
| ab) von anderen Emittenten | 0,00 | | | 0 |
| darunter: | | | | |
| beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 0,00 EUR | | | (0) |
| | | | 0,00 | 0 |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | | |
| ba) von öffentlichen Emittenten | 5.735.511,99 | | | 8.798 |
| darunter: | | | | |
| beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 4.677.443,50 EUR | | | (7.740) |
| bb) von anderen Emittenten | 58.948.534,71 | | | 59.121 |
| darunter: | | | | |
| beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 51.965.217,09 EUR | | | (48.867) |
| | | 64.684.046,70 | | 67.919 |
| c) eigene Schuldverschreibungen | | 0,00 | | 0 |
| Nennbetrag | 0,00 EUR | | | (0) |
| | | | 64.684.046,70 | 67.919 |
| 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | | | |
| 6a. Handelsbestand | | | | |
| | | | 12.232.691,09 | 12.085 |
| | | | 0,00 | 0 |
| 7. Beteiligungen | | | | |
| darunter: | | | | |
| an Kreditinstituten | 0,00 EUR | | | (0) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | 0,00 EUR | | | (0) |
| 8. Anteile an verbundenen Unternehmen | | | | |
| darunter: | | | | |
| an Kreditinstituten | 0,00 EUR | | | (0) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | 0,00 EUR | | | (0) |
| 9. Treuhandvermögen | | | | |
| darunter: | | | | |
| Treuhandkredite | 27.954,28 EUR | | | (42) |
| 10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch | | | | |
| | | | 0,00 | 0 |
| 11. Immaterielle Anlagewerte | | | | |
| a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | | 0,00 | | 0 |
| b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | | 3.826,00 | | 1 |
| c) Geschäfts- oder Firmenwert | | 0,00 | | 0 |
| d) geleistete Anzahlungen | | 0,00 | | 0 |
| | | | 3.826,00 | 1 |
| 12. Sachanlagen | | | | |
| | | | 2.024.885,68 | 2.161 |
| 13. Sonstige Vermögensgegenstände | | | | |
| | | | 173.156,18 | 314 |
| 14. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | |
| | | | 37.773,08 | 65 |
| Summe der Aktiva | | | 277.311.317,25 | 269.012 |

| | EUR | EUR | EUR | 31.12.2014 TEUR |
|---|---------------|----------------|----------------|--------------------|
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | |
| a) täglich fällig | | 0,00 | | 0 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | 46.804.777,08 | | 50.483 |
| | | | 46.804.777,08 | 50.483 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | | | |
| a) Spareinlagen | | | | |
| aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | 50.582.627,11 | | | 42.566 |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | 30.262.114,80 | | | 40.187 |
| | | 80.844.741,91 | | 82.753 |
| b) andere Verbindlichkeiten | | | | |
| ba) täglich fällig | 79.650.522,92 | | | 65.473 |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 38.921.160,50 | | | 40.384 |
| | | 118.571.683,42 | | 105.857 |
| | | | 199.416.425,33 | 188.610 |
| 3. Verbriefte Verbindlichkeiten | | | | |
| a) begebene Schuldverschreibungen | | 0,00 | | 0 |
| b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten | | 0,00 | | 0 |
| darunter: | | | | |
| Geldmarktpapiere | 0,00 EUR | | | (0) |
| eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf | 0,00 EUR | | | (0) |
| | | | 0,00 | 0 |
| 3a. Handelsbestand | | | 0,00 | 0 |
| 4. Treuhandverbindlichkeiten | | | 27.954,28 | 42 |
| darunter: | | | | |
| Treuhandkredite | 27.954,28 EUR | | | (42) |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | | | 178.643,21 | 171 |
| 6. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 45.015,00 | 66 |
| 7. Rückstellungen | | | | |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | 4.871.276,00 | | 4.572 |
| b) Steuerrückstellungen | | 1.000,00 | | 0 |
| c) andere Rückstellungen | | 1.270.152,83 | | 1.176 |
| | | | 6.142.428,83 | 5.748 |
| 8. Sonderposten mit Rücklageanteil | | | 0,00 | 0 |
| 9. Nachrangige Verbindlichkeiten | | | 0,00 | 0 |
| 10. Genusssrechtskapital | | | 0,00 | 0 |
| darunter: | | | | |
| vor Ablauf von zwei Jahren fällig | 0,00 EUR | | | (0) |
| 11. Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | 9.500.000,00 | 8.900 |
| 12. Eigenkapital | | | | |
| a) gezeichnetes Kapital | | 0,00 | | 0 |
| b) Kapitalrücklage | | 0,00 | | 0 |
| c) Gewinnrücklagen | | | | |
| ca) Sicherheitsrücklage | 14.992.629,39 | | | 14.653 |
| cb) andere Rücklagen | 0,00 | | | 0 |
| | | 14.992.629,39 | | 14.653 |
| d) Bilanzgewinn | | 203.444,13 | | 339 |
| | | | 15.196.073,52 | 14.993 |
| Summe der Passiva | | | 277.311.317,25 | 269.012 |
| 1. Eventualverbindlichkeiten | | | | |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | | 0,00 | | 0 |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | | 2.460.095,43 | | 2.354 |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | | 0,00 | | 0 |
| | | | 2.460.095,43 | 2.354 |
| 2. Andere Verpflichtungen | | | | |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften | | 0,00 | | 0 |
| b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | | 0,00 | | 0 |
| c) Unwiderrufliche Kreditzusagen | | 27.305.831,92 | | 23.252 |
| | | | 27.305.831,92 | 23.252 |

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

| | EUR | EUR | EUR | 1.1.-31.12.2014 TEUR |
|--|----------------|--------------|--------------|-------------------------|
| 1. Zinserträge aus | | | | |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | 6.731.316,84 | | | 7.158 |
| darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen | 430,11 EUR | | | (0) |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | 2.053.775,62 | | | 2.751 |
| | | 8.785.092,46 | | 9.909 |
| 2. Zinsaufwendungen | | 3.429.698,98 | | 3.876 |
| darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen | 233.724,22 EUR | | | (236) |
| | | | 5.355.393,48 | 6.033 |
| 3. Laufende Erträge aus | | | | |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | | 267.675,25 | | 269 |
| b) Beteiligungen | | 107.593,55 | | 102 |
| c) Anteilen an verbundenen Unternehmen | | 0,00 | | 0 |
| | | | 375.268,80 | 371 |
| 4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | | | 0,00 | 0 |
| 5. Provisionserträge | | 1.887.099,25 | | 1.729 |
| 6. Provisionsaufwendungen | | 122.093,43 | | 134 |
| | | | 1.765.005,82 | 1.594 |
| 7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands | | | 0,00 | 0 |
| 8. Sonstige betriebliche Erträge | | | 67.621,77 | 76 |
| 9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil | | | 0,00 | 0 |
| | | | 7.563.289,87 | 8.074 |
| 10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | | | | |
| a) Personalaufwand | | | | |
| aa) Löhne und Gehälter | 2.648.755,85 | | | 2.663 |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | 1.122.210,52 | | | 1.077 |
| darunter: für Altersversorgung | 610.704,03 EUR | | | (508) |
| | | 3.770.966,37 | | 3.741 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | | 1.723.531,93 | | 1.855 |
| | | | 5.494.498,30 | 5.596 |
| 11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | | | 206.311,15 | 255 |
| 12. Sonstige betriebliche Aufwendungen | | | 112.608,23 | 217 |
| 13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | | 484.370,32 | | 392 |
| 14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | | 0,00 | | 0 |
| | | | 484.370,32 | 392 |
| 15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | | 0,00 | | 307 |
| 16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | | 0,00 | | 0 |
| | | | 0,00 | 307 |
| 17. Aufwendungen aus Verlustübernahme | | | 0,00 | 0 |
| 18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | 600.000,00 | 400 |
| 19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | | 665.501,87 | 907 |
| 20. Außerordentliche Erträge | | 0,00 | | 0 |
| 21. Außerordentliche Aufwendungen | | 0,00 | | 0 |
| 22. Außerordentliches Ergebnis | | | 0,00 | 0 |
| 23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | | 447.279,37 | | 554 |
| 24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen | | 14.778,37 | | 13 |
| | | | 462.057,74 | 567 |
| 25. Jahresüberschuss | | | 203.444,13 | 339 |
| 26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr | | | 0,00 | 0 |
| | | | 203.444,13 | 339 |
| 27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen | | | | |
| a) aus der Sicherheitsrücklage | | 0,00 | | 0 |
| b) aus anderen Rücklagen | | 0,00 | | 0 |
| | | | 0,00 | 0 |
| | | | 203.444,13 | 339 |
| 28. Einstellungen in Gewinnrücklagen | | | | |
| a) in die Sicherheitsrücklage | | 0,00 | | 0 |
| b) in andere Rücklagen | | 0,00 | | 0 |
| | | | 0,00 | 0 |
| 29. Bilanzgewinn | | | 203.444,13 | 339 |

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer verteilt. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen, die dem Kreditgeschäft zugeordnet sind bzw. die dem Geldanlagezweck dienen, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen.

Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Demnach werden alle Wertpapiere an einem aktiven Markt gehandelt und wurden somit am 31.12.2015 mit dem Börsen- oder Marktpreis bewertet.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Anteilsbesitz

Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von 5 Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung "Bilanzierung entgeltlich erworbener Software beim Anwender" (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude grundsätzlich linear vorgenommen. Soweit steuerrechtlich höhere degressive Abschreibungssätze zugelassen sind, werden diese angewandt.

Für Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien für Weiterleitungsdarlehen werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und kapitalanteilig auf die Dauer der Festzinsvereinbarung abgegrenzt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Ersterfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gem. § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt.

Pensionsrückstellungen werden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Bei den Pensionsrückstellungen wird die Rentendynamik durch künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % bzw. künftige jährliche Erhöhungen in der gesetzlichen Rente von 1,1 % unterstellt. Diese Parameter haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung weiter stetig. Daher wurde abweichend zum Vorjahr der Berechnung der Pensionsrückstellungen nicht der Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung vom 30.09.2015 sondern vom Jahresende 2015 zugrunde gelegt. Aus dieser Bewertungsänderung ergibt sich insgesamt eine Erhöhung der Pensionsrückstellungen um TEUR 72.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfangs bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlusstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in der jeweiligen GuV-Position ausgewiesen.

Bewertung des Zinsbuchs

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Verwaltungskosten, Standard-Risikokosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am 30.09.2015. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände beträgt TEUR 18.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Helaba, Frankfurt am Main und Erfurt, als Girozentrale sind ausschließlich in dem nebenstehenden Bilanzposten enthalten:

| | 31.12.2015 TEUR | 31.12.2014 TEUR |
|--------------------------------|--------------------|--------------------|
| Forderungen an Kreditinstitute | 12.078 | 1.811 |

Wertpapiere

Aufteilung der in den nebenstehenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren:

| | insgesamt TEUR | börsen- notiert TEUR | nicht börsen- notiert TEUR |
|---|-------------------|----------------------------|----------------------------------|
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 64.684 | 64.684 | --- |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 12.233 | 3.869 | 8.364 |

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015 (in TEUR)

| | Anschaffungskosten | Zugänge | Abgänge | Abschreibungen in 2015 | Abschreibungen kumuliert | Buchwert 31.12.15 | Buchwert 31.12.14 |
|---------------------------------------|--------------------|---------|---------|------------------------|--------------------------|-------------------|-------------------|
| 1. Finanzanlagen Beteiligungen | 5.531 | 0 | 17 | (---) | 1.633 | 3.881 | 3.898 |
| 2. Immaterielle Anlagewerte | 69 | 6 | --- | (3) | 71 | 4 | 1 |
| 3. Sachanlagen | | | | | | | |
| a) Grundstücke und Bauten | 5.925 | --- | --- | (96) | 4.244 | 1.681 | 1.777 |
| b) Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2.842 | 71 | 287 | (107) | 2.282 | 344 | 383 |

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 1.658 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

| | 31.12.2015 TEUR | 31.12.2014 TEUR |
|-------------------------------|--------------------|--------------------|
| <u>Aktivseite</u> | | |
| Disagio aus Verbindlichkeiten | 22 | 31 |
| <u>Passivseite</u> | | |
| Disagio aus Forderungen | 22 | 32 |

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse Geseke ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kww-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2015 7,75 %. Die an die kww-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen im Jahr 2015 TEUR 189.

Wenn ein Mitglied die kww-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine vom verantwortlichen Aktuar der Kasse nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kww-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2014 hätte die Ausgleichszahlung TEUR 5.283 betragen. Nach § 15a der Satzung der kww-Zusatzversorgung entspricht die Ausgleichszahlung dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 2 % des Barwerts. Der Barwert ist auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft gültigen Höchstrechnungszinses gemäß § 2 Abs. 1 der Deckungsrückstellungsverordnung zu ermitteln, höchstens mit einem Zinssatz von 2,75 %. Dieser beträgt derzeit 1,25 %. Weitere Einzelheiten zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags (z. B. biometrische Grundlagen im Einzelnen, Berücksichtigung von Rentenanpassungen und Hinterbliebenenversorgung) regeln die "Durchführungsvorschriften zu §§ 15a und 15b kww-Satzung". Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2015 kann von der kww-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2016 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgenden Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

| | 31.12.2015 TEUR | 31.12.2014 TEUR |
|--|--------------------|--------------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 17.868 | 16.766 |

Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

| | 31.12.2015 TEUR | 31.12.2014 TEUR |
|-----------------------|--------------------|--------------------|
| Forderungen an Kunden | 122 | 57 |

Fristengliederung (in TEUR)

| | mit einer Restlaufzeit von | | | | mit unbestimmter Laufzeit | im Jahr 2016 fällig |
|--|----------------------------|-----------------------------------|----------------------------------|---------------------|---------------------------|---------------------|
| | bis drei Monate | mehr als drei Monate bis ein Jahr | mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | mehr als fünf Jahre | | |
| Aktivposten | | | | | | |
| 3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben) | --- | 5.000 | 1.000 | 3.000 | --- | --- |
| 4. Forderungen an Kunden | 3.420 | 11.887 | 48.723 | 102.352 | 7.304 | --- |
| 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | --- | --- | --- | --- | --- | 7.578 |
| Passivposten | | | | | | |
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 403 | 1.322 | 25.977 | 18.775 | --- | --- |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | 2.165 | 27.268 | 785 | 44 | --- | --- |
| b) andere Verbindlichkeiten bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 3.204 | 4.781 | 21.883 | 8.473 | --- | --- |

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTICHTAG

Andere Verpflichtungen

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Anderen Verpflichtungen entfallen auf unwiderrufliche Kreditzusagen.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND VERLUSTRECHNUNG

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften bzw. Zinsaufwendungen

In dem Posten Zinsaufwand sind TEUR 234 enthalten, die auf die Aufzinsung der Rückstellungen zurückzuführen sind.

Provisionserträge

Mehr als ein Drittel der Provisionserträge entfällt auf die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträge, Immobilien und Investmentzertifikate).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der ausgewiesene Steueraufwand entfällt fast vollständig auf das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit.

E. SONSTIGE ANGABEN

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

| Positionen | Erläuterung der Differenz |
|------------------------------|---|
| Aktive latente Steuern | |
| Forderungen an Kunden | Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB / § 26a KWG a. F. |
| Beteiligungen | Steuerlich nicht zu berücksichtigende Abschreibungen |
| Rückstellungen für Pensionen | Unterschiedliche Parameter |
| Andere Rückstellungen | Unterschiedliche Parameter und steuerrechtlich nicht berücksichtigte Rückstellungen |

Der Berechnung wurde ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 14,95 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,78 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken zurückzuführen.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus:

1. Freiwillige Institutssicherung

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörnden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt werden.

2. Gesetzliche Einlagensicherung

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu TEUR 100. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise einmal nicht greifen sollte.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 4,5 Mio in den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB ansparen; davon wurden im Jahr 2015 EUR 0,2 Mio dotiert (Gesamtbetrag zum 31.12.2015: EUR 0,9 Mio). Nach Ablauf von 7 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 0,21 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbands haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Am 15.12.2015 hat die Verbandsversammlung des SVWL eine zum Bilanzstichtag noch nicht eingeforderte Stammkapitalerhöhung beim Verband in Höhe von EUR 150,0 Mio zur Beteiligung an der Kapitalerhöhung bei der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS West) beschlossen. Die Stammkapitalerhöhung erfolgte zum 19.02.2016. Auf die Sparkasse entfällt davon ein Anteil von rund EUR 0,3 Mio. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbands eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

| | TEUR |
|-------------------------------|------|
| Abschlussprüferleistungen | 103 |
| Andere Bestätigungsleistungen | 16 |
| Gesamtbetrag | 119 |

Bezüge und Altersvorsorge der Mitglieder des Vorstands

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des Vorstands erhalten ausschließlich feste Bezüge (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %). Erfolgsbezogene Vergütungsbestandteile sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung werden nicht gewährt.

| Vorstand | 2015 | | |
|---|--|-------------------------|-----------------------|
| | Grundbetrag und Allgemeine Zulage TEUR | Sonstige Vergütung TEUR | Gesamt-Vergütung TEUR |
| Schniedermeier, Meinolf Vorsitzender | 165 | --- | 165 |
| Marx, Bernd Mitglied | 135 | 29 | 164 |
| Summe | 300 | 29 | 329 |

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen die vom Arbeitgeber übernommenen Umlagen zur Zusatzversorgungskasse. Des Weiteren erhält Herr Marx eine Zulage zum Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages hat Herr Schniedermeier Anspruch auf Ruhegeldzahlungen mit seinem Ausscheiden, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist. Der Anspruch beträgt derzeit 40 % der Jahresvergütung. Im Falle der regulären Beendigung der Tätigkeit hat Herr Schniedermeier Pensionsansprüche in Höhe von 50 % der festen Bezüge. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlung die Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung angewendet.

| Vorstand | Im Jahr 2015 der Pensionsrückstellung zugeführt TEUR | Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2015 TEUR |
|---|--|---|
| Schniedermeier, Meinolf Vorsitzender | 132 | 807 |

Von den Zuführungen zu den Pensionsanwartschaften sind TEUR 19 auf Verminderung des der Bewertung zugrunde liegenden Abzinsungssatzes gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung zurückzuführen.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages hat Herr Marx Anspruch auf eine Abfindungszahlung in Höhe eines Jahresgrundbetrags, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist.

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 227 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2015 TEUR 3.376.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Bilanzprüfungsausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse wird ein Sitzungsgeld von EUR 130,00 je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

| Name | TEUR | Name | TEUR |
|---------------------------|------|---------------------------|------|
| Van der Velden, Dr. Remco | 4,2 | Bigge, Hans-Joachim | 1,4 |
| Thomas, Kersting | 2,0 | Karbstein, Reinhard | 0,9 |
| Menne, Peter | 1,4 | Koch, Christian | 0,9 |
| Lohn, Werner | 1,3 | Schuster, Linda | 0,1 |
| Tebbe, Michael | 0,9 | Trampe-Kieslich, Gabriele | 0,1 |
| Blömeke, Bernd | 1,0 | Kleine, Hans-Josef | 0,3 |
| Gerling, Wilhelm | 1,2 | | |
| | | Insgesamt | 15,7 |

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2015 Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale in Höhe von TEUR 96 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 777 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

| | 2015 | 2014 |
|----------------------------|------|------|
| Vollzeitkräfte | 34 | 36 |
| Teilzeit- und Ultimokräfte | 27 | 29 |
| | 61 | 65 |
| Auszubildende | 7 | 9 |
| Insgesamt | 68 | 74 |

Verwaltungsrat

Mitglieder

Dr. Remco van der Velden
Vorsitzendes Mitglied
Bürgermeister

Thomas Kersting
1. Stv. d. vors. Mitglieds
Selbstständiger Bauingenieur

Peter Menne
2. Stv. d. vors. Mitglieds
Angestellter Ingenieur im Bereich
Wasserwirtschaft

Werner Lohn
Landtagsabgeordneter

Michael Tebbe
Werksleiter und Prokurist
in einem Unternehmen der
Zementindustrie

Bernd Blömeke
Selbstständiger Malermeister

Wilhelm Gerling
Konstruktions- und
Entwicklungstechniker

Hans-Joachim Bigge
Polizeibeamter i. R.

Reinhard Karbstein
Sparkassenangestellter

Christian Koch
Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Karl Georg Kasperski
Sozialarbeiter i. R.

Carl Schübeler
Einzelhandelskaufmann

Linda Schuster
Leiterin Produktmanagement in einem
Unternehmen der Möbelindustrie

Gabriele Trampe-Kieslich
Selbstständige Apothekerin

Josef Sauerland
Softwareentwickler

Hans-Georg Rössing
Kriminalbeamter i. R.

Hans-Josef Kleine
Polizeibeamter i. R.

Fabio Cordisco
Sparkassenangestellter

Susanne Hoffmann
Sparkassenangestellte

Vorstand

Meinolf Schniedermeier
Vorsitzender

Bernd Marx
Mitglied

Geseke, den 25.04.2016

Der Vorstand

Schniedermeier

Marx

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2015

("Länderspezifische Berichterstattung")

Die Sparkasse Geseke hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Geseke besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Geseke definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Publikumfonds und Beteiligungen, Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 TEUR 7.563.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger zum Jahresende in Vollzeitäquivalenten beträgt 57.

Der Gewinn vor Steuern beträgt TEUR 666.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von TEUR 447 sowie der Sonstigen Steuern von TEUR 15 ergibt sich ein Nettogewinn von TEUR 203. Die Steuern betreffen ausschließlich laufende Steuern.

Die Sparkasse Geseke hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Geseke für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 23.05.2016

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
Prüfungsstelle

Thiemann
Wirtschaftsprüfer